



405 Bericht von Sophia Schmitz und C. Katharina Spieß

Kita-Pflicht für Kinder ab drei Jahren wäre wenig zielgenau

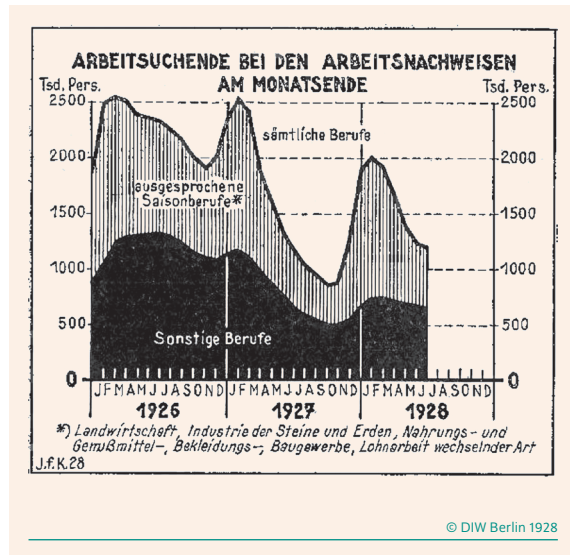
- Sechs Prozent der Kinder im Alter von drei bis sechs Jahren gehen nicht in eine Kita
- Nicht-Kita-Kinder kommen auch aus Haushalten mit hohem Einkommen und höheren Bildungsabschlüssen
- Kita-Pflicht wäre daher kaum geeignet, gezielt Kinder aus sozio-ökonomisch benachteiligten Haushalten zu fördern

413 Interview mit C. Katharina Spieß

418 Kommentar von Kristina van Deuverden

EU-Finzen: viel Status Quo – wenig Zukunft

Der Arbeitsmarkt



Die Zahl der Arbeitssuchenden war im Juli zum ersten Male höher als zur gleichen Zeit des Vorjahres (Mitte Juli um 5,4 Prozent), während sie sich bisher stets unter dem jeweiligen Vorjahresstande gehalten hat (Mitte Juni noch um 3,5 Prozent). Zwar ergab sich auch von Mitte Juni bis Mitte Juli noch eine Abnahme der Arbeitssuchenden; doch war diese verhältnismäßig gering (4,6 Prozent gegen 12,7 Prozent in der gleichen Zeit 1927). Das Baugewerbe und die Baunebengewerbe haben noch eine beträchtliche Anzahl von Arbeitskräften eingestellt. Auch in der Landwirtschaft und in einigen anderen Berufsgruppen hat sich die Zahl der Arbeitssuchenden verringert. Dagegen hat vor allem in der Textilindustrie, aber auch im Bergbau, im Vervielfältigungsgewerbe und im Bekleidungsgewerbe das Angebot an Arbeitskräften beträchtlich zugenommen. Besonders stark hat sich der Konjunkturrückgang auf dem Arbeitsmarkt für weibliche Arbeitskräfte ausgewirkt. Während die Zahl der männlichen Arbeitssuchenden von Ende September 1927, dem Zeitpunkt der saisonmäßig und konjunkturell günstigsten Lage des Arbeitsmarktes, bis Ende Juni 1928 um 36 Prozent gestiegen ist, hat die Zahl der weiblichen Arbeitssuchenden sich in der gleichen Zeit um 52 Prozent erhöht. Diese Entwicklung dürfte in der Hauptsache dadurch bedingt sein, dass sich bisher der Konjunkturrückgang am empfindlichsten in der Textilwirtschaft (Textilindustrie und Bekleidungsgewerbe) ausgewirkt hat, in der weibliche Arbeitskräfte besonders zahlreich beschäftigt werden.

Aus dem Wochenbericht Nr. 19 vom 8. August 1928.

IMPRESSUM



DIW Berlin — Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung e. V.
Mohrenstraße 58, 10117 Berlin
www.diw.de
Telefon: +49 30 897 89-0 Fax: -200
85. Jahrgang 9. Mai 2018

Herausgeberinnen und Herausgeber

Prof. Dr. Tomaso Duso; Dr. Ferdinand Fichtner; Prof. Marcel Fratzscher, Ph.D.;
Prof. Dr. Peter Haan; Prof. Dr. Claudia Kemfert; Prof. Dr. Alexander Kriwoluzky;
Prof. Dr. Stefan Liebig; Prof. Dr. Lukas Menkhoff; Prof. Johanna Möllerström;
Ph.D.; Prof. Karsten Neuhoff, Ph.D.; Prof. Dr. Jürgen Schupp;
Prof. Dr. C. Katharina Spieß

Chefredaktion

Dr. Gritje Hartmann; Mathilde Richter; Dr. Wolf-Peter Schill

Lektorat

Karl Brenke

Redaktion

Renate Bogdanovic; Dr. Franziska Bremus; Rebecca Buhner;
Claudia Cohnen-Beck; Dr. Daniel Kemptner; Sebastian Kollmann;
Matthias Laugwitz; Markus Reiniger; Dr. Alexander Zerrahn

Vertrieb

DIW Berlin Leserservice, Postfach 74, 77649 Offenburg
leserservice@diw.de
Telefon: +49 1806 14 00 50 25 (20 Cent pro Anruf)

Gestaltung

Roman Wilhelm, DIW Berlin

Umschlagmotiv

© imageBROKER / Steffen Diemer

Satz

Satz-Rechen-Zentrum Hartmann + Heenemann GmbH & Co. KG, Berlin

Druck

USE gGmbH, Berlin

ISSN 0012-1304; ISSN 1860-8787 (online)

Nachdruck und sonstige Verbreitung — auch auszugsweise — nur mit
Quellenangabe und unter Zusendung eines Belegexemplars an den
Kundenservice des DIW Berlin zulässig (kundenservice@diw.de).

Abonnieren Sie auch unseren DIW- und/oder Wochenbericht-Newsletter
unter www.diw.de/newsletter

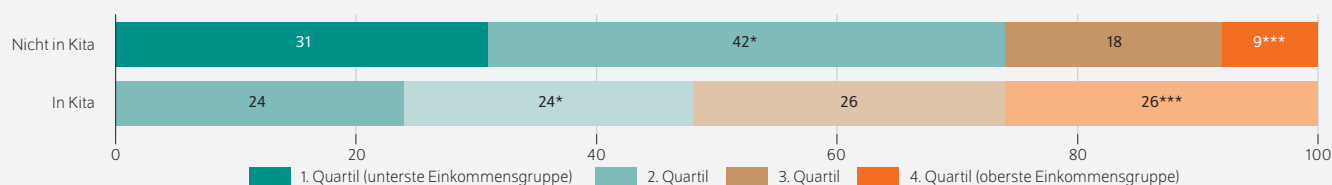
Kita-Pflicht für Kinder ab drei Jahren wäre wenig zielgenau

Von Sophia Schmitz und C. Katharina Spieß

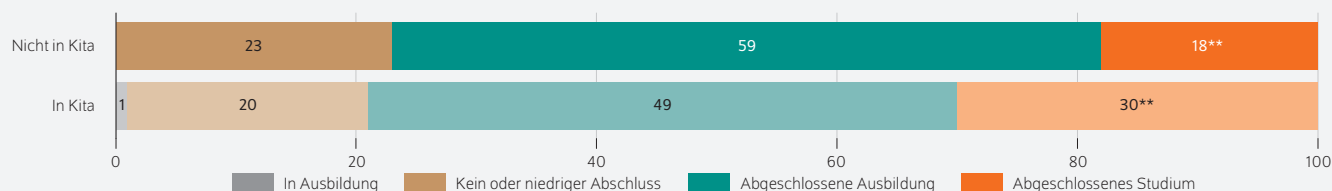
- Sechs Prozent der Kinder im Alter von drei bis sechs Jahren gehen nicht in eine Kita
- Studie zeigt als eine der wenigen für Deutschland, dass Nicht-Kita-Kinder nicht nur aus finanziell schlechter gestellten Elternhäusern kommen
- Auch Eltern mit hohem Einkommen und höheren Bildungsabschlüssen betreuen ihre Kinder zu Hause oder nutzen andere Bildungs- und Betreuungsangebote
- Kita-Pflicht für Kinder ab drei Jahren wäre daher kaum geeignet, gezielt Kinder aus sozio-ökonomisch benachteiligten Haushalten zu fördern
- Eltern sollten stattdessen besser über Vorteile und Kosten eines Kita-Besuchs informiert und gezielte Förderangebote weiter ausgebaut werden

Kinder, die im Alter von drei Jahren bis zur Einschulung nicht in eine Kita gehen, kommen auch aus Haushalten mit hohem Einkommen und höheren beruflichen Bildungsabschlüssen

Kita-Nutzung im Alter von drei Jahren bis zur Einschulung nach Haushaltsnettoeinkommen (Anteile in Prozent)



Kita-Nutzung im Alter von drei Jahren bis zur Einschulung nach beruflichem Bildungsabschluss der Mutter (Anteile in Prozent)



Quelle: Eigene Berechnungen auf Basis von SOEP-Daten.

© DIW Berlin 2018

ZITAT

„Unsere Untersuchungen sprechen nicht dafür, dass eine Kita-Pflicht geeignet wäre, gezielt sozioökonomisch benachteiligte Kinder zu fördern. Denn die Gruppe der Nicht-Kita-Kinder ist sehr heterogen. Sinnvoller erscheint, dass beispielsweise Kinder mit Sprachschwierigkeiten verpflichtend an einer Sprachförderung teilnehmen, wie es mancherorts bereits der Fall ist.“ — C. Katharina Spieß, Studienautorin —

MEDIATHEK



Audio-Interview mit C. Katharina Spieß
www.diw.de/mediathek

Kita-Pflicht für Kinder ab drei Jahren wäre wenig zielgenau

Von Sophia Schmitz und C. Katharina Spieß

ABSTRACT

Die allermeisten Kinder im Alter von drei bis sechs Jahren – 94 Prozent – gehen in eine Kindertageseinrichtung (Kita). Mit Blick auf die übrigen sechs Prozent vermuteten viele ExpertInnen und BeobachterInnen, dass es sich vor allem um Kinder aus sozioökonomisch benachteiligten Haushalten handelt. Die vorliegende Studie, die auf Daten des Sozio-oekonomischen Panels (SOEP) und der Zusatzstichprobe Familien in Deutschland (FiD) basiert, betrachtet deutschlandweit als eine der ersten die Nicht-Kita-Kinder im Ü3-Bereich detaillierter. Diese kommen demnach keineswegs nur und auch nicht überwiegend aus finanziell schlechter gestellten Elternhäusern. Auch Eltern mit hohem Einkommen und solche mit höheren Bildungsabschlüssen betreuen ihre Kinder nur zu Hause oder nutzen andere Betreuungsangebote wie Eltern-Kind-Gruppen. Eine Kita-Pflicht wäre daher kaum geeignet, Kinder aus sozioökonomisch benachteiligten Haushalten gezielt zu unterstützen. Vielmehr sollten diese Eltern über die grundsätzlichen Vorteile eines Kita-Besuchs für ihr Kind, dessen Kosten sowie mögliche Beitragsbefreiungen informiert werden.

Nahezu alle Kinder, die drei Jahre oder älter sind, besuchen mittlerweile eine Kindertageseinrichtung (Kita): Im Jahr 2016 waren es 94 Prozent der drei- bis unter sechsjährigen Kinder. Fast alle Kreise und kreisfreien Städte erreichen eine hohe Betreuungsquote, lediglich in Bremerhaven lag sie 2016 bei „nur“ 78 Prozent – deutschlandweit der mit weitem Abstand niedrigste Wert.¹

Allerdings gibt es noch leichte Unterschiede zwischen den Altersgruppen: Von den drei Jahre alten Kindern gingen im Jahr 2016 89 Prozent in eine Kita, während es unter den Fünffjährigen knapp 97 Prozent waren. Einige wenige Kinder besuchen eine Kindertageseinrichtung also erst ab dem Jahr vor ihrer Einschulung. Darüber hinaus wird in der fachöffentlichen Debatte häufig auf den Nutzungsunterschied zwischen Kindern mit und ohne Migrationshintergrund hingewiesen: So gingen im Jahr 2016 88 Prozent der Kinder mit Migrationshintergrund im Alter ab drei Jahren in eine Kita, bei den Kindern ohne Migrationshintergrund waren es 96 Prozent.²

Oft wird vermutet, dass generell Kinder aus Haushalten mit einem geringen sozioökonomischen Status, in denen die Eltern also beispielsweise einen niedrigen Bildungsabschluss oder ein geringes Haushaltseinkommen haben, seltener eine Kindertageseinrichtung besuchen als andere Kinder. Da eine gute Bildungs- und Betreuungsqualität in Kindertageseinrichtungen für die Entwicklung und Integration von Kindern sehr bedeutend ist,³ wird nicht selten eine Kita-Pflicht für Kinder ab drei Jahren in Erwägung gezogen. Man verspricht sich davon, dass auch grundsätzlich benachteiligte Kinder und Kinder mit Migrationshintergrund

¹ Vgl. dazu Statistisches Bundesamt (2017): Statistik der Tageseinrichtungen für Kinder, Wiesbaden.

² Vgl. Statistisches Bundesamt (2017): Kinder und tätige Personen in Tageseinrichtungen und in öffentlich geförderter Kindertagespflege am 1. März 2017. Dort werden die Nutzungsquoten für die Kindertagesbetreuung berichtet, die den Bereich der Kindertageseinrichtungen und Kindertagespflege umfasst. Allerdings hat die Kindertagespflege bei Kindern in dieser Altersgruppe keine Bedeutung mehr.

³ Vgl. dazu bildungsökonomische Analysen, zusammenfassend beispielsweise C. Katharina Spieß (2018): Early Childhood Education and Care Services and Child Development: Economic perspectives for universal approaches. In: Emerging Trends (im Erscheinen).

eine Kindertageseinrichtung besuchen.⁴ Dahinter steht die Annahme, dass ein Kindergarten oder eine ähnliche Einrichtung eine kompensatorische Wirkung hat und mögliche sozioökonomische Unterschiede ausgleichen kann. Diese Debatte ist allerdings nicht neu: Eine Kindergarten-Pflicht wurde bereits im 19. Jahrhundert diskutiert – also zu einem Zeitpunkt, als viel weniger Kinder eine Kindertageseinrichtung besuchten.⁵ Aktuell wird die Diskussion auch dadurch bestimmt, dass Frankreich das Einschulungsalter auf drei Jahre absenken will, um auch die drei Prozent der Kinder zu erreichen, die bisher keine *Ecole Maternelle*, die französische Vorschule, besuchen.⁶ Allerdings ist der Fall Frankreichs nicht eins zu eins auf Deutschland übertragbar, da die französische Vorschule in das Schulsystem eingegliedert ist, die deutsche Kita aber keineswegs.

Debatte um Kita-Pflicht in Deutschland bisher ohne differenzierte Erkenntnisse über Nicht-Kita-Kinder

Die Debatte um eine Kita-Pflicht wird in Deutschland bisher geführt, ohne dass man im Detail und auf Basis einer deutschlandweiten aktuellen Befragung systematisches Wissen darüber hätte, welche Kinder es sind, die keine Kindertageseinrichtung besuchen. Vielfach ist auch nicht bekannt, ob es allein der Migrationshintergrund ist, der mit keiner oder nur einer späten Kita-Nutzung in Verbindung steht, oder andere Faktoren den Ausschlag geben. Der vorliegende Bericht geht daher der Frage nach, wie sich Kita-Kinder und Nicht-Kita-Kinder im Kindergartenalter ab drei Jahren in ihren sozioökonomischen und -demografischen Merkmalen unterscheiden. Darüber hinaus wird beleuchtet, welche Einstellungen die Eltern jeweils zu einer Betreuung in einer Kindertageseinrichtung haben und ob Eltern, die ihre Kinder nicht in eine Kita schicken, andere Bildungs- und Betreuungsangebote nutzen.

Als Datengrundlage dient das Sozio-oekonomische Panel (SOEP), eine deutschlandweite Haushalts- und Personenbefragung, sowie die Zusatzbefragung „Familien in Deutschland“ (FiD).⁷ Verglichen werden jeweils Kinder im Alter von drei Jahren bis zur Einschulung, die im Jahr 2016 eine

⁴ Der Vorsitzende des Aktionsrats Bildung, Dieter Lenzen, fordert beispielsweise eine Kitapflicht für Vierjährige, vgl. Die Welt (2017): „Das ist ein bildungspolitischer Achttausender“ (online verfügbar, abgerufen am 17. April 2018). Dies gilt auch für alle anderen Online-Quellen dieses Berichts, sofern nicht anders vermerkt; sowie Die Welt (2017): Bildungsexperten fordern Kita-Pflicht für Vierjährige (online verfügbar). Ähnlich hat sich auch der Bildungsökonom Ludger Wößmann geäußert: „Also ich hätte kein Problem damit, den Kitabesuch für drei- oder vierjährige Kinder zur Pflicht zu machen. Nur dann erreichen wir die rund fünf Prozent, die bislang nicht kommen, es aber besonders nötig hätten.“ Vgl. DSW Journal (2017): So geht Bildung. Magazin des Deutschen Studentenwerks Nr. 2, 14.

⁵ Vgl. beispielsweise Hans-Günther Roßbach (2015): Frühe Bildung: Soll der Kindergartenbesuch verpflichtend und gebührenfrei werden – und wenn ja, wie? Vortrag beim 4. Bildungspolitischen Forum des LERN-Forschungsverbundes am 1. Oktober 2015 in Berlin.

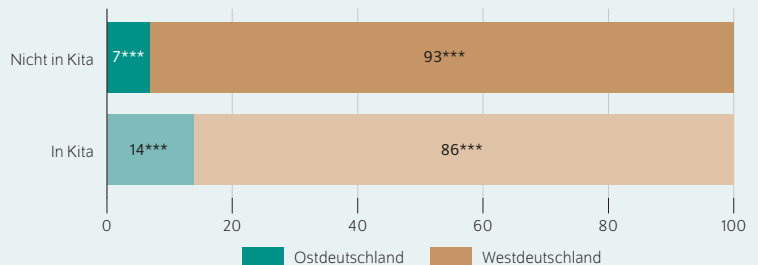
⁶ Vgl. Spiegel Online (2018): Frankreich führt Schulpflicht für Dreijährige ein (online verfügbar); sowie Le Monde (2018): Les questions que pose l'abaissement de l'instruction obligatoire de 6 à 3 ans (online verfügbar).

⁷ Vgl. Gert G. Wagner, Joachim R. Frick und Jürgen Schupp (2007): The German Socio-Economic Panel Study – Scope, evolution, and enhancements. SOEPpapers Nr. 1 (online verfügbar); und Mathis Schröder, Rainer Siegers und C. Katharina Spieß (2013): Familien in Deutschland – FiD. Schmollers Jahrbuch 133, 595–606.

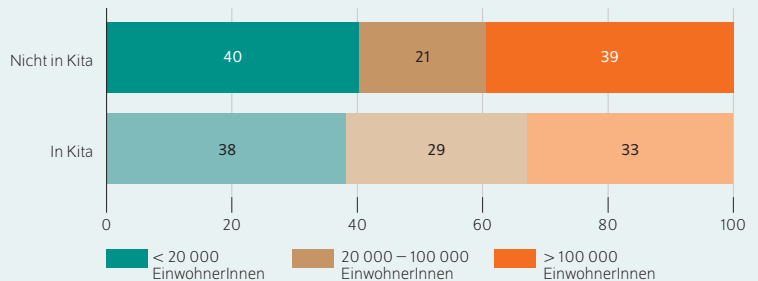
Abbildung 1

Regionale Merkmale von Kita- und Nicht-Kita-Kindern Anteile in Prozent

Ost- und Westdeutschland



Gemeindegrößenklasse



Anmerkung: Für die jeweiligen Merkmale werden die Prozentanteile an allen Kita- beziehungsweise Nicht-Kita-Kindern ausgewiesen. Alle Angaben wurden gewichtet. Standardfehler sind auf Haushaltsebene geclustert.

***, **, * geben jeweils die Signifikanz in den Unterschieden zwischen den Gruppen der Kita- und Nicht-Kita-Kinder auf dem Ein-, Fünf- und Zehn-Prozent-Niveau an.

Quelle: Eigene Berechnungen auf Basis von SOEP v.33, Welle 2016.

© DIW Berlin 2018

In Ostdeutschland gehen Kinder ab drei Jahren häufiger in eine Kita als in Westdeutschland. Die Gemeindegröße spielt hingegen keine große Rolle.

Kindertageseinrichtung besuchten, mit Kindern, die nicht in eine Kita gingen.⁸

Kein eindeutiger Zusammenhang zwischen Haushaltseinkommen und Kita-Nutzung

Die Analyse zeigt, dass Kinder im Alter ab drei Jahren, die keine Kita besuchen, häufiger aus den westdeutschen Bundesländern kommen als Kita-Kinder (Abbildung 1). Signifikante Stadt-Land-Unterschiede lassen sich hingegen nicht feststellen: Kinder, die keine Kita besuchen, kommen etwa gleich häufig wie Kita-Kinder aus kleinen, mittleren oder großen Kommunen.

Eine Differenzierung nach haushaltsbezogenen Merkmalen zeigt, dass Nicht-Kita-Kinder signifikant häufiger als Kita-Kinder in Haushalten zu finden sind, deren Nettoeinkommen⁹

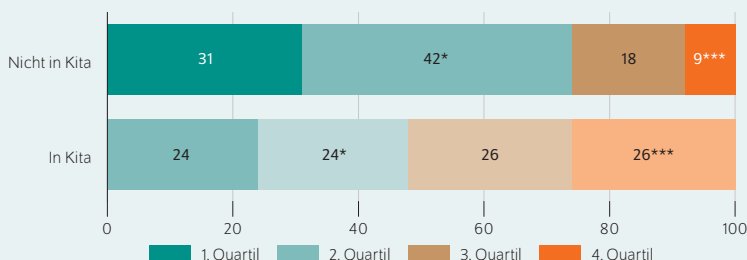
⁸ Alle Ergebnisse sind gewichtet.

⁹ Dabei wird für alle Analysen in diesem Beitrag das äquivalenzgewichtete monatliche Haushaltsnettoeinkommen verwendet. Bei der Äquivalenzgewichtung wird der Größe und der Zusammensetzung der Haushalte Rechnung getragen. Zum Konzept des bedarfsgewichteten beziehungsweise äquivalenzgewichteten Einkommens vgl. im Glossar des DIW Berlin den Begriff „Äquivalenzeinkommen“ (online verfügbar).

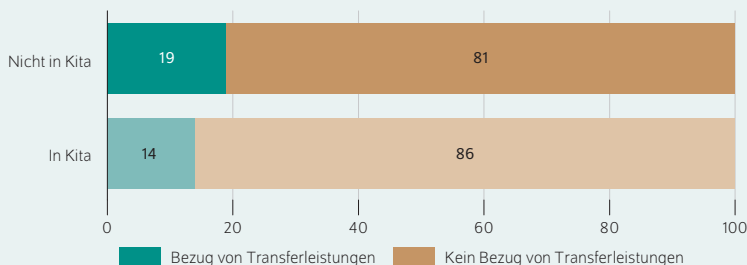
Abbildung 2

Haushaltsbezogene Merkmale von Kita- und Nicht-Kita-Kindern Anteile in Prozent

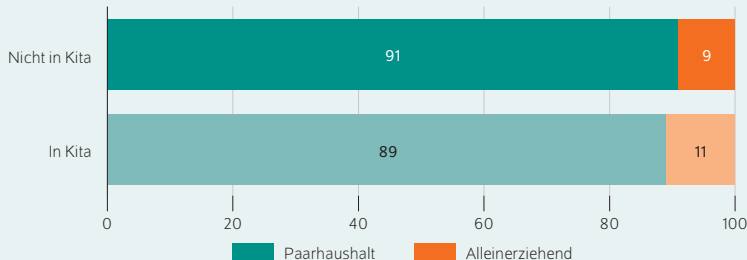
Haushaltsnettoeinkommen¹ (äquivalenzgewichtet)



Transferleistungen



Haushaltstyp



¹ Grenzen äquivalenzgewichteter monatlicher Nettoeinkommensquartile sind: 1. Quartil bis 1 042 Euro, 2. Quartil 1 043 bis 1 521 Euro, 3. Quartil 1 522 bis 2 000 Euro, 4. Quartil ab 2 001 Euro

Anmerkung: Für die jeweiligen Merkmale werden die Prozentanteile an allen Kita- beziehungsweise Nicht-Kita-Kindern ausgewiesen. Alle Angaben wurden gewichtet. Standardfehler sind auf Haushaltsebene geclustert.

***, **, * geben jeweils die Signifikanz in den Unterschieden zwischen den Gruppen der Kita- und Nicht-Kita-Kindern auf dem Ein-, Fünf- und Zehn-Prozent-Niveau an.

Quelle: Eigene Berechnungen auf Basis von SOEP v.33, Welle 2016. Quelle: Eigene Berechnungen auf Grundlage des SOEP v.33, Welle 2016.

© DIW Berlin 2018

Auch Kinder, deren Eltern ein hohes Einkommen haben, besuchen mitunter keine Kita.

im zweiten Quartil liegt und damit eher unterdurchschnittlich ist (Abbildung 2). Die entsprechenden Anteile liegen bei rund 42 beziehungsweise etwa 24 Prozent. Mit Blick auf die einkommensschwächsten 25 Prozent der Haushalte (erstes Quartil) gibt es diesbezüglich jedoch keinen im statistischen Sinne signifikanten Unterschied. Kinder, die keine Kita besuchen, kommen aber deutlich seltener aus einkommensstarken Haushalten, deren Nettoeinkommen in das oberste (vierte) Quartil fällt. Eine feinere Unterteilung der Einkommen in 20 Einkommensgruppen¹⁰ bestätigt, dass es keinen eindeutigen Zusammenhang zwischen dem Nettoeinkommen des Haushalts und der Kita-Nutzungswahrscheinlichkeit gibt (Abbildung 3). Über alle Einkommensbereiche hinweg gibt es also Kinder, die keine Kita besuchen.

Der Befund, dass es nicht nur die einkommensschwächsten Haushalte sind, die ihre Kinder nicht in einer Kita betreuen lassen, spiegelt sich auch im Transferbezug wider: Nicht-Kita-Kinder kommen im Durchschnitt genauso häufig aus Haushalten, die staatliche Transfereinkommen beziehen, wie Kita-Kinder. Darüber hinaus leben Kinder, die keine Kita besuchen, nicht in überdurchschnittlichem Maße mit einem alleinerziehenden Elternteil zusammen.

Nicht-Kita-Kinder haben weitaus häufiger eine nicht erwerbstätige Mutter oder einen Migrationshintergrund

Deutliche Unterschiede zeigen sich indes mit Blick auf die Erwerbstätigkeit der Mutter: Während in der Gruppe der Nicht-Kita-Kinder mehr als zwei Drittel der Kinder (69 Prozent) eine nicht erwerbstätige Mutter haben, sind es in der Gruppe der Kita-Kinder knapp 34 Prozent (Tabelle 1). Kinder, die keine Kita besuchen, haben außerdem seltener eine Mutter mit einem abgeschlossenen Studium. Vergleicht man nur die Anteile der Mütter mit niedrigeren beruflichen Bildungsabschlüssen, ergeben sich jedoch keine signifikanten Unterschiede zwischen den Gruppen.

Kinder mit Migrationshintergrund gehen insgesamt seltener in eine Kita. Sie machen immerhin 57 Prozent der Nicht-Kita-Kinder aus. Unter den Kita-Kindern haben 37 Prozent einen Migrationshintergrund. Unterscheidet man jedoch danach, ob nur ein Elternteil oder beide einen Migrationshintergrund haben¹¹, wird deutlich, dass diese Unterschiede ausschließlich durch letztere Gruppe zustande kommen: Während sowohl von den Kita-Kindern als auch den Nicht-Kita-Kindern 15 Prozent nur ein Elternteil mit Migrationshintergrund haben, sind Kinder, deren Eltern beide einen Migrationshintergrund vorweisen, in der Gruppe der

¹⁰ Dadurch wird auch vermieden, dass die in Abbildung 2 gewählte, relativ grobe Differenzierung des bedarfsgewichteten Haushaltsnettoeinkommens in vier Quartile (Quartile) den Zusammenhang zwischen Einkommen und der Wahrscheinlichkeit, keine Kita zu besuchen, vereinfacht darstellt.

¹¹ Kinder, die ein alleinerziehendes Elternteil mit Migrationshintergrund haben, wurden der Gruppe derjenigen Kinder zugeteilt, deren Eltern beide einen Migrationshintergrund haben. Die Befunde bleiben unverändert, wenn man diese Kinder der Gruppe der Kinder mit nur einem Elternteil mit Migrationshintergrund zuteilt oder ganz aus den Analysen ausschließt.

Nicht-Kita-Kinder deutlich überrepräsentiert (44 im Vergleich zu 29 Prozent).¹²

Des Weiteren sind knapp zwei Drittel der Kinder, die keine Kita besuchen, zwischen drei und vier Jahren alt, nur ein Drittel ist fünf Jahre und älter. Der Anteil der Nicht-Kita-Kinder sinkt also mit zunehmendem Alter.

Nicht-Kita-Kinder besuchen mit ihren Eltern häufiger Eltern-Kind-Gruppen

Die Frage ist, ob Eltern, die ihre Kinder nicht in eine Kita schicken, stattdessen andere Bildungs- und Betreuungsangebote in Anspruch nehmen, bei denen Kinder auf andere Kinder treffen und Eltern sich austauschen können. Dies ist teilweise der Fall, denn etwa jedes sechste Kind, das keine Kita besucht, nimmt an Eltern-Kind-Gruppen teil (Abbildung 4). Unter den Kita-Kindern trifft das nur auf zwei Prozent zu. An sportlichen, künstlerischen oder musikalischen Aktivitäten nehmen hingegen häufiger Kita-Kinder teil.

Bemerkenswert ist, dass Mütter und Väter von Nicht-Kita-Kindern nicht unzufriedener mit den vorhandenen Möglichkeiten der Kinderbetreuung sind als andere Eltern. Das deutet darauf hin, dass die Entscheidung, das eigene Kind nicht in einer Kita betreuen zu lassen, vielfach eine bewusste ist.

Regressionsanalysen bestätigen die meisten Befunde

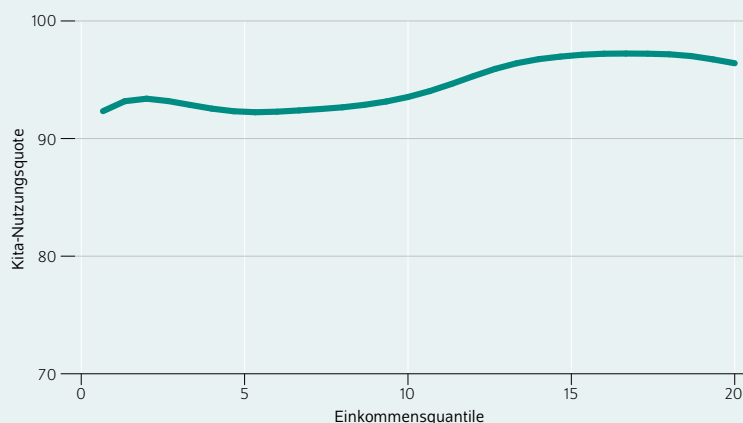
Die bisher beschriebenen Analysen beschreiben einfache Zusammenhänge. Mehrere Merkmale gleichzeitig wurden dabei zunächst nicht berücksichtigt. Um zu erfahren, warum genau Kinder aus bestimmten Haushalten seltener eine Kita besuchen, ist das aber nötig. So könnte es sein, dass Unterschiede bei der Kita-Nutzung nicht allein auf einen Migrationshintergrund zurückgehen, sondern auf andere sozioökonomische Merkmale wie den Bildungsabschluss der Mutter oder deren Erwerbsstatus. Um den Einfluss des Migrationshintergrunds oder anderer Merkmale auf die Kita-Nutzung zu isolieren, müssen weitere potentielle Einflussfaktoren also herausgerechnet werden.

Die Regressionsanalysen bestätigen weitgehend die vielfältigen demografischen und sozioökonomischen Unterschiede zwischen Kita- und Nicht-Kita-Kindern. Teilweise werden sie jedoch kleiner und sind nicht länger statistisch signifikant (Tabelle 2).

Der Migrationshintergrund eines Kindes erhöht aber auch dann die Wahrscheinlichkeit, keine Kita zu besuchen, wenn man andere Merkmale berücksichtigt: Im Durchschnitt gehen Kinder mit Migrationshintergrund mit einer um mehr als vier Prozentpunkte höheren Wahrscheinlichkeit nicht in

Abbildung 3

Kita-Nutzungsquote nach Einkommensquantilen In Prozent



Anmerkung: Um die Kita-Nutzungsquote nach Haushaltseinkommen abzubilden, wurden alle Haushalte aufsteigend nach ihrem äquivalenzgewichteten monatlichen Nettoeinkommen sortiert und in 20 Quantile aufgeteilt.

Quelle: Eigene Berechnungen auf Grundlage des SOEP v.33, Welle 2016.

© DIW Berlin 2018

Auch eine feinere Einteilung der Einkommen in 20 Gruppen zeigt, dass es über alle Einkommensbereiche hinweg Kinder gibt, die keine Kita besuchen.

Tabelle 1

Mutter- und kindbezogene Merkmale von Kita- und Nicht-Kita-Kindern Anteile in Prozent

	In Kita	Nicht in Kita	Differenz
Mutterbezogene Merkmale			
<i>Erwerbstätigkeit</i>			
Nicht erwerbstätig	34	69	-35***
Teilzeit erwerbstätig	51	23	28***
Vollzeit erwerbstätig	15	8	7
<i>Höchster Bildungsabschluss</i>			
In Ausbildung	1	0	1
Kein oder niedriger Abschluss	20	23	-3
Abgeschlossene Ausbildung	49	59	-10
Abgeschlossenes Studium	30	18	12**
Kindbezogene Merkmale			
<i>Alter</i>			
Drei bis vier Jahre	59	73	-14**
Fünf Jahre und älter	41	27	14**
<i>Migrationshintergrund (1)</i>			
Direkter oder indirekter Migrationshintergrund	37	57	-20**
Kein Migrationshintergrund	63	43	20**
<i>Migrationshintergrund (2)</i>			
Beide Elternteile Migrationshintergrund	29	44	-15**
Ein Elternteil Migrationshintergrund	15	15	0
Kein Elternteil Migrationshintergrund	56	41	15*
<i>Sprachliche Mediennutzung der Eltern:</i>			
Ausschließlich/überwiegend Deutsch	66	53	13***
Andere Sprache	34	47	-13***

Anmerkung: Für die jeweiligen Merkmale werden die Prozentanteile an allen Kita- beziehungsweise Nicht-Kita-Kindern ausgewiesen. Alle Angaben wurden gewichtet. Standardfehler sind auf Haushaltsebene geclustert.

***, **, * geben jeweils die Signifikanz in den Unterschieden zwischen den Gruppen der Kita- und Nicht-Kita-Kinder auf dem Ein-, Fünf- und Zehn-Prozent-Niveau an.

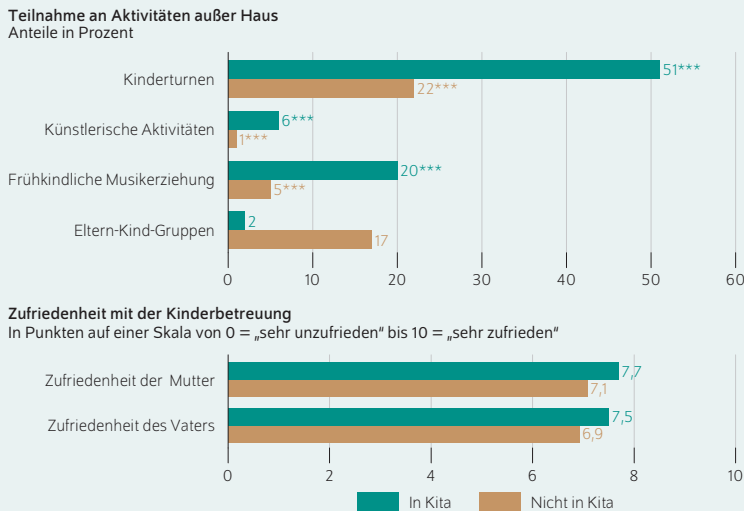
Quelle: Eigene Berechnungen auf Basis von SOEP v.33, Welle 2016.

© DIW Berlin 2018

¹² Dieser Befund spiegelt sich auch im Sprachverhalten der Familien wieder. So konsumieren zwei Drittel der Eltern mit Kita-Kindern Medien ausschließlich oder überwiegend in deutscher Sprache, bei Nicht-Kita-Kindern trifft dies nur auf jede zweite Familie zu.

Abbildung 4

Sonstige Aktivitäten von Kita- und Nicht-Kita-Kindern und Zufriedenheit der Eltern mit Kinderbetreuungsmöglichkeiten



Anmerkung: Für die jeweiligen Merkmale werden die Prozentanteile an allen Kita- beziehungsweise Nicht-Kita-Kindern ausgewiesen. Alle Angaben wurden gewichtet. Standardfehler sind auf Haushaltsebene geclustert.

***, **, * geben jeweils die Signifikanz in den Unterschieden zwischen den Gruppen der Kita- und Nicht-Kita-Kinder auf dem Ein-, Fünf- und Zehn-Prozent-Niveau an.

Quelle: Eigene Berechnungen auf Basis von SOEP v.33, Welle 2016.

© DIW Berlin 2018

Etwa jedes sechste Kind, das keine Kita besucht, nimmt an Eltern-Kind-Gruppen teil.

eine Kita. Die Regressionsanalysen bestätigen außerdem, dass Nicht-Kita-Kinder mit ihren Eltern häufiger Eltern-Kind-Gruppen besuchen.

Mit Blick auf die Haushaltseinkommen zeigt sich, dass die Wahrscheinlichkeit, keine Kita zu besuchen, für Kinder aus dem zweiten Einkommensquartil um knapp sechs Prozentpunkte höher ist als für Kinder aus dem untersten Einkommensquartil. Für Kinder aus den einkommensstärksten Haushalten lässt sich hingegen kein signifikanter Unterschied mehr zu den anderen Einkommensgruppen feststellen. Das könnte unter anderem daran liegen, dass es im obersten Quartil viele Doppelverdienerhaushalte gibt. Die Beobachtung, dass Nicht-Kita-Kinder seltener in Haushalten mit hohen Einkommen leben, scheint also weniger mit der Einkommenshöhe als vielmehr mit der Erwerbstätigkeit beider Elternteile zusammenzuhängen.¹³

Auch lösen sich bei der Berücksichtigung anderer Merkmale die Ost-West-Unterschiede auf: In Westdeutschland ist die Wahrscheinlichkeit, keine Kita zu besuchen, nicht signifikant höher als in Ostdeutschland. Ein Grund könnte sein, dass Mütter in Westdeutschland häufiger gar nicht oder in geringerem Umfang erwerbstätig sind als Mütter

¹³ Bei Haushalten im untersten Einkommensquartil sind mehr als zwei Drittel der Mütter nicht erwerbstätig, im obersten Quartil trifft dies nur auf weniger als jeden fünften Haushalt zu.

Tabelle 2

Ergebnisse der Regressionsanalysen: Kita-Nichtnutzung nach diversen Merkmalen

	Modell (1)	Modell (2)
Haushaltsmerkmale		
Westen	Referenz	Referenz
Osten	-0,025 (0,018)	-0,017 (0,017)
Einkommen im 1. Quartil	Referenz	Referenz
Einkommen im 2. Quartil	0,060* (0,035)	0,059** (0,029)
Einkommen im 3. Quartil	0,020 (0,027)	0,027 (0,026)
Einkommen im 4. Quartil	0,001 (0,028)	0,003 (0,029)
Merkmale der Mutter		
Nicht erwerbstätig	Referenz	Referenz
Teilzeit erwerbstätig	-0,086*** (0,032)	-0,060*** (0,023)
Vollzeit erwerbstätig	-0,067* (0,036)	-0,047 (0,032)
Kein oder niedriger Abschluss	Referenz	Referenz
In Ausbildung	-0,000 (0,038)	0,002 (0,031)
Abgeschlossene Ausbildung	0,064** (0,027)	0,064*** (0,024)
Abgeschlossenes Studium	0,019 (0,025)	0,023 (0,027)
Merkmale des Kindes		
Drei bis vier Jahre	Referenz	Referenz
Fünf Jahre und älter	-0,040** (0,016)	-0,020 (0,015)
kein Migrationshintergrund	Referenz	Referenz
Migrationshintergrund	0,042* (0,022)	0,042** (0,019)
Sonstige außerhäusige Aktivitäten		
Kinderturnen		0,004 (0,023)
Künstlerische Aktivitäten		-0,009 (0,017)
Frühkindliche Musikerziehung		0,005 (0,015)
Eltern-Kind-Gruppen		0,186** (0,077)
Konstante	0,001 (0,052)	0,088 (0,096)
N	2 784	2 784
Adjusted R ²	0,06	0,16

Lesebeispiel: Die Wahrscheinlichkeit, keine Kita zu besuchen, ist für Kinder aus dem zweiten Einkommensquartil um knapp sechs Prozentpunkte höher als für Kinder aus dem untersten Einkommensquartil, das als Referenz dient. Für Kinder aus den einkommensstärksten Haushalten (drittes und viertes Quartil) lässt sich im Vergleich zum ersten Quartil hingegen kein statistisch signifikanter Unterschied feststellen.

Anmerkung: Effekte eines linearen Wahrscheinlichkeitsmodells. Außerdem berücksichtigte Variablen in Modell (1): Gemeindegröße in drei Kategorien, Transferbezug, Familienstatus, Geschwister in vier unterschiedlichen Altersgruppen. Hinzu kommen in Modell (2): sonstige Familien, Betreuung durch Personen außerhalb des Haushalts, Nähe zu den Großeltern, Stundenzahl der Betreuung durch beide Elternteile, Elternzeit des Vaters, Zufriedenheit mit den vorhandenen Möglichkeiten der Kinderbetreuung und die persönliche Wichtigkeit, Kinder zu haben. Standardfehler sind auf Haushaltsebene geclustert.

***, **, * geben jeweils die Signifikanz auf dem 1-, 5- und 10-Prozent-Niveau an.

Quelle: Eigene Berechnungen auf Grundlage des SOEP v.33, Welle 2016.

© DIW Berlin 2018

in Ostdeutschland. In der Tat spielt die Erwerbstätigkeit der Mutter auch unter Berücksichtigung anderer Merkmale eine große Rolle. Kinder voll- oder teilzeiterwerbstätiger Mütter besuchen deutlich häufiger eine Kita als Kinder nicht erwerbstätiger Mütter. Der Unterschied liegt bei sieben beziehungsweise neun Prozentpunkten und ist statistisch signifikant (Modell 1).

Vielfältige Gründe, keine Kita zu nutzen

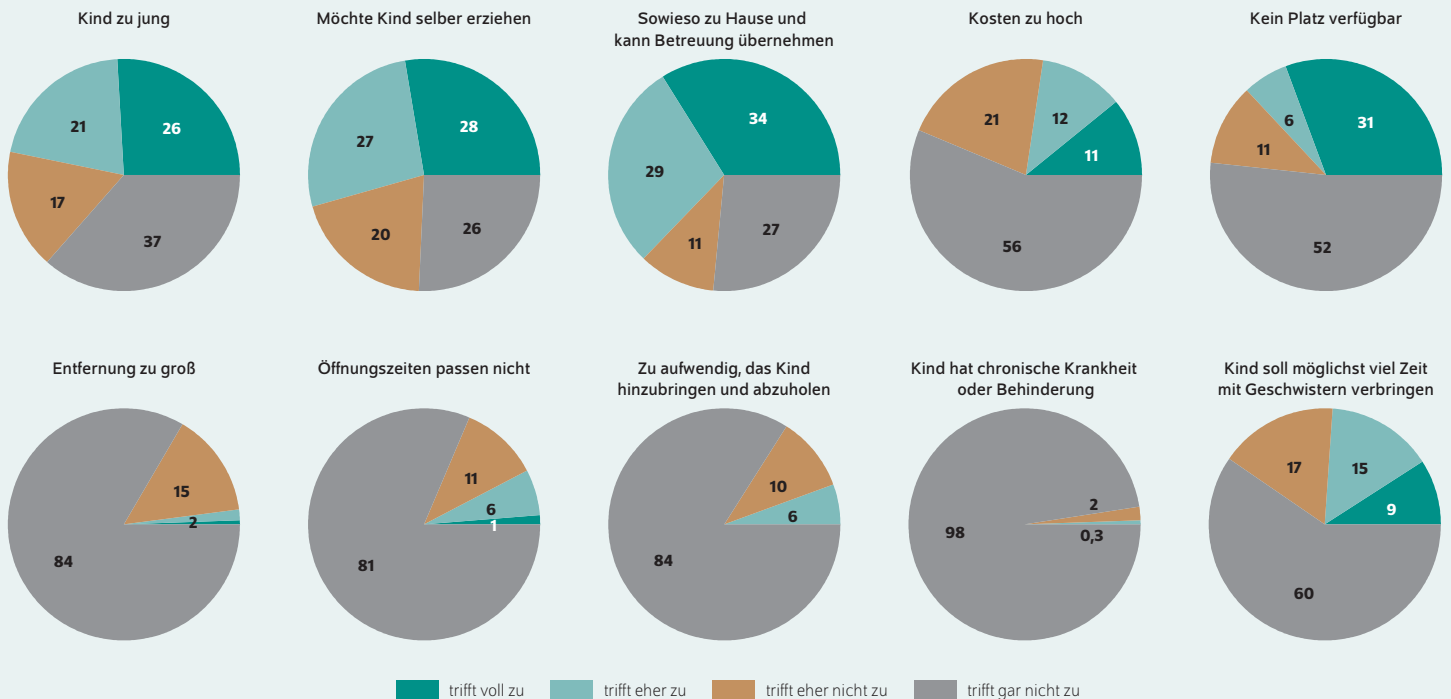
Mütter von Kindern im Kindergartenalter¹⁴ nennen vor allem drei Gründe, warum sie ihr Kind nicht in einer Kita betreuen

¹⁴ Zu den Gründen der Nichtnutzung wurde jeweils die Hauptbetreuungsperson befragt. In wenigen Fällen war dies der Vater.

Abbildung 5

Gründe für Eltern, ihr Kind im Kindergartenalter nicht in einer Kita betreuen zu lassen

Anteile in Prozent



Quelle: Eigene Berechnungen auf Grundlage des FiD v.4, Welle 2012 und 2013.

© DIW Berlin 2018

Mütter, die ihr Kind nicht in eine Kita schicken, geben besonders häufig an, dass sie die Betreuung selbst übernehmen können, da sie sowieso zu Hause sind, und dass kein geeigneter Platz verfügbar sei.

lassen (Abbildung 5):¹⁵ Erstens, sie seien sowieso zu Hause und könnten die Betreuung selbst übernehmen, zweitens, sie möchten das Kind lieber selbst erziehen, und drittens, sie halten das Kind für zu jung, um es in eine Kita zu geben. Jeweils mehr als ein Viertel der Eltern, deren Kind keine Kita besucht, findet, dass diese drei Gründe voll zutreffen. Weitere rund 25 Prozent stimmen eher zu.

Aus Sicht von immerhin knapp einem Viertel der Eltern trifft es eher oder voll zu, dass das Kind möglichst viel Zeit mit seinen Geschwistern verbringen soll oder dass die Kosten zu hoch sind. Eher nicht oder gar nicht zutreffende Gründe für die Entscheidung gegen einen Kita-Besuch waren für viele Eltern hingegen die Entfernung zur Kita, der Aufwand, das Kind hinzubringen und abzuholen, unpassende Öffnungszeiten und die Tatsache, dass ihr Kind eine Behinderung oder chronische Erkrankung hat.

Erstaunlich ist allerdings, dass immerhin 30 Prozent der Nicht-Kita-Eltern angaben, dass kein Platz verfügbar ist, trotz

des seit 1996 geltenden Rechtsanspruchs auf einen Kitaplatz ab dem vierten Lebensjahr. Ein Grund dafür könnten fehlende Informationen über den Rechtsanspruch oder andere Restriktionen beim Kita-Zugang sein. Auch ist es möglich, dass die Eltern tatsächlich keinen passenden Kita-Platz finden konnten. Unter dem Strich ist diese Gruppe aber ohnehin sehr klein.

Fazit und Politikempfehlung

Kinder, die im Kindergartenalter ab drei Jahren bis zur Einschulung nicht in eine Kindertageseinrichtung gehen, kommen keinesfalls nur aus sozioökonomisch benachteiligten Elternhäusern. Die Analysen haben vielmehr gezeigt, dass es über alle Einkommens- und (beruflichen) Bildungsgruppen hinweg Familien gibt, die ihr Kind nicht in einer Kindertageseinrichtung betreuen lassen.

Eine Kita-Pflicht für Kinder im Kindergartenalter wäre aus bildungs- und familienökonomischen Gesichtspunkten daher wenig zielgenau. Vor allem würde der mögliche, wenn auch vermutlich sehr geringe, Nutzen einer Kita-Pflicht durch die mit dieser verbundenen Kosten und juristischen Schwierigkeiten überkompensiert (Kasten). Inwiefern ein Kita-Zwang eine dem Lebensalter der Kinder angebrachte Lösung ist,

¹⁵ Die Datengrundlage dieser Auswertung sind die 2012er und 2013er Wellen des FiD-Datensatzes. Aktuellere Zahlen sind im SOEP-Kontext nicht verfügbar. Allerdings haben sich die Nutzungsquoten von Kindern im Kindergartenalter über die vergangenen fünf Jahre kaum verändert, sodass davon ausgegangen werden kann, dass sich auch die Gründe der Nichtinanspruchnahme eines Kitaplatzes über die Zeit wenig veränderten.

Kasten

Kita-Pflicht würde Verfassungsänderung erfordern

Eine Kita-Pflicht für Kinder ab drei Jahren könnte über das Kinder- und Jugendhilfegesetz (KJHG) geregelt werden, das bundesweit den Auftrag von Kindertageseinrichtungen festlegt. Das staatliche Angebot tritt bisher jedoch hinter das vorrangige Erziehungsrecht der Eltern zurück. Eine im KJHG geregelte Kita-Pflicht würde das im Grundgesetz verankerte Wahlrecht der Eltern erheblich einschränken. Ohne eine Verfassungsänderung wäre die Einführung einer Kita-Pflicht also nicht möglich. Der staatliche Erziehungsauftrag der Schule ist dem elterlichen Erziehungsrecht nicht nach-, sondern gleichgeordnet. Dieses Recht ist allerdings nicht ohne Weiteres auf außerschulische Bereiche übertragbar.

Eine Möglichkeit wäre deshalb, die Schulpflicht vorzuziehen und Kindertageseinrichtungen dem Schulsektor zuzuordnen – mit allen entsprechenden Folgen.¹ Dann würden beispielsweise – analog zum Schulbesuch – für Kinder ab drei Jahren keine Kita-Beiträge mehr erhoben werden können. Dem Bereich der frühen Bildung und Betreuung gingen somit Mittel verloren.² Hinzu kommt, dass Kitas, die bisher Kinder unterschiedlicher Altersgruppen betreuen, zweigeteilt würden: Es gäbe dann „Schulkinder“ und andere Kita-Kinder. Auch wäre nicht auszuschließen, dass einige Familien weiterhin keine Kita nutzen (möchten) und das Problem des „Kita-Schwänzens“ hinzukäme. Eine Kita-Pflicht alleine würde zudem nicht ausreichen, um Kindern aus grundsätzlich benachteiligten Familien grundlegend zu helfen. Nötig wären vielmehr Programme, über die Kinder bei besonderen Bedarfen speziell gefördert werden können.³

¹ Vgl. beispielsweise Wissenschaftlicher Dienst des Deutschen Bundestags (2005): Fragen zu einem Kindergartenpflichtjahr. WF III G – 296/05.

² Vgl. dazu auch Sophia Schmitz, C. Katharina Spieß und Juliane Stahl (2017): Kindertageseinrichtungen: Ausgaben der Familien sind von 1996 bis 2015 mitunter deutlich gestiegen. DIW Wochenbericht Nr. 41, 889–903 (online verfügbar).

³ Vgl. Wissenschaftlicher Dienst des Deutschen Bundestags (2005), a. a. O.

wird aus pädagogischer Perspektive teilweise ohnehin in Frage gestellt.¹⁶ Die Alternative einer Kita-Pflicht nur für bestimmte Gruppen, beispielsweise Kinder mit Migrationshintergrund, wäre stigmatisierend.

Sinnvoller erscheint deshalb, dass Kinder mit Sprachschwierigkeiten verpflichtend an einer Sprachförderung teilnehmen, wie es mancherorts bereits der Fall ist. Solche Maßnahmen sollten flächendeckend umgesetzt und bestehende Programme hinsichtlich ihrer Effektivität optimiert werden.¹⁷ Dies wäre insofern gerechtfertigt, als dass es sich bei der Sprache um eine zentrale Fähigkeit für die kindliche Entwicklung und die Integration in Deutschland handelt.

Darüber hinaus sollte es auch um Anreize gehen, grundsätzlich benachteiligte Kinder bereits im Alter von unter drei Jahren in einer Kindertageseinrichtung mit einer pädagogisch sehr guten Qualität betreuen zu lassen. Gezielte Informationen über den Rechtsanspruch auf einen Kita-Platz, die Bedeutung eines Kita-Besuchs, die Kosten und über mögliche Beitragsbefreiungen würden dabei helfen. Insbesondere sollte es Familien erleichtert werden, Einrichtungen mit einer hohen pädagogischen Qualität zu erkennen und auszuwählen.¹⁸

Unter dem Strich sprechen einige Argumente gegen eine Kita-Pflicht. Eines würde sie aber in jedem Fall mit sich bringen: Kindertageseinrichtungen würden mehr Aufmerksamkeit bekommen – so wie es heute vielfach bei Schulen der Fall ist. Aus politökonomischen Gesichtspunkten wäre dies sicher wünschenswert, wenn es darum geht, noch mehr finanzielle Mittel für diesen Bereich zu mobilisieren und die Anerkennung des Berufsbildes der Kita-ErzieherInnen und auch deren Löhne zu steigern. Aus einer bildungs- und familienökonomischen Perspektive sollte dieses Ziel aber durch andere Politikmaßnahmen erreicht werden.

¹⁶ Vgl. beispielsweise Roßbach (2015), a. a. O.

¹⁷ Dabei ist zu bedenken, dass bisherige Angebote wenig genutzt werden und wenig effektiv sind. Vgl. beispielsweise für Berlin Der Tagesspiegel (2018): Kitapflicht wird in Berlin weitgehend ignoriert (online verfügbar).

¹⁸ Vgl. beispielsweise C. Katharina Spieß und Wolfgang Tietze (2002): Qualitätssicherung in Kindertageseinrichtungen – Gründe, Anforderungen und Umsetzungsüberlegungen für ein Gütesiegel. Zeitschrift für Erziehungswissenschaften 1, 139–162.

Sophia Schmitz ist wissenschaftliche Mitarbeiterin der Abteilung Bildung und Familie am DIW Berlin | sschmitz@diw.de

C. Katharina Spieß ist Leiterin der Abteilung Bildung und Familie am DIW Berlin | kspiess@diw.de

JEL: I 24, I 28, J 13, I 22

Keywords: child care, non-attendance, early education, socio-economic differences

This report is also available in an English version as DIW Weekly Report 19/2018:

www.diw.de/diw_weekly





INTERVIEW MIT C. KATHARINA SPIESS

„Kurz vor der Einschulung gibt es kaum noch Kinder, die nicht in eine Kita gehen“

Prof. Dr. C. Katharina Spieß, Leiterin der Abteilung
Bildung und Familie am DIW Berlin

1. **Frau Spieß, Sie haben sich in einer Studie mit Kindern auseinandergesetzt, die nicht in eine Kita gehen. Was ist der Fokus Ihrer Untersuchung?** Es geht dabei um die Kinder im sogenannten Kindergartenalter, also im Alter von drei Jahren bis zum Schuleintritt, und die Frage, welche Kinder heutzutage keine Kindertageseinrichtung besuchen. Wir wissen aus der amtlichen Statistik, dass das sehr wenige Kinder sind. Lediglich sechs Prozent dieser Altersgruppe besuchen keine Kindertageseinrichtung. Hintergrund unserer Untersuchung war, dass in Deutschland immer wieder darüber diskutiert wird, ob wir eine Kita-Pflicht brauchen, also eine Pflicht, dass auch noch die letzten sechs Prozent eine Kita besuchen. Allerdings hatten wir bisher kaum systematische, detaillierte und neuere Erkenntnisse darüber, wer eigentlich diese sechs Prozent sind.
2. **Und zu welchem Ergebnis sind Sie gekommen? Aus welchen Familien stammen diese Kinder?** Hierzulande wird bei der Diskussion um eine Kita-Pflicht oft vermutet, dass diese sechs Prozent Kinder aus sozioökonomisch benachteiligten Familien mit niedrigen Bildungsabschlüssen und geringen Einkommen stammen, in denen sich die Eltern eventuell keine Kita leisten können. Was wir aber sehen, ist, dass es Kinder aus allen gesellschaftlichen Gruppen sind, die nicht in eine Kita gehen. Es sind Kinder aus Familien mit mittleren, hohen und niedrigen Einkommen, aus allen Bildungsgruppen – Kinder aus der Mitte unserer Gesellschaft.
3. **Wo könnten die Gründe der Eltern liegen, ihre Kinder nicht in die Kita zu schicken?** Wir haben dazu repräsentative Daten ausgewertet und sehen, dass die meisten dieser Eltern ihre Kinder selbst erziehen wollen. Kinder wären im Alter von drei Jahren und älter noch zu jung für eine Kindertageseinrichtung. Zu den genannten Gründen zählt auch, dass Kinder primär mit den Geschwistern aufwachsen sollen. Teilweise haben auch die Kosten eine Bedeutung, aber eher eine kleine. Etwa 30 Prozent dieser Familien, die ihr Kind nicht in eine Kita schicken, sagen auch, dass kein Platz vorhanden war.
4. **Schicken diese Eltern ihre Kinder gar nicht in die Kita oder erst zu einem späteren Zeitpunkt?** Bei unseren Analysen haben wir zunächst einmal die dreijährigen und älteren Kinder als eine Gruppe betrachtet. Wenn man sich aber die unterschiedlichen Altersgruppen innerhalb dieser Gruppe anschaut, sieht man, dass es insbesondere die Jüngeren dieser Gruppe sind, die keine Kita besuchen. Es gibt nur ganz wenige Kinder, die tatsächlich nie eine Kindertageseinrichtung besuchen. Dieser Prozentsatz ist also noch geringer als diese sechs Prozent, die ich eingangs erwähnt habe. Wir müssen deshalb überlegen, ob wir tatsächlich über keinen Kita-Besuch oder über einen späteren Kita-Besuch sprechen.
5. **Die Betreuung in einer guten Kita trägt wesentlich zur frühkindlichen Bildung und auch zur Integration bei. Deshalb wird teilweise über eine Kita-Pflicht für Kinder ab drei Jahren diskutiert. Wie beurteilen Sie diese Idee?** Der Hintergrund ist der Gedanke, dass man vermutet, dass insbesondere sozioökonomisch schlechter gestellte Kinder entweder gar nicht oder sehr viel später als andere Kinder eine Kindertageseinrichtung besuchen. Unsere Untersuchungen sprechen nicht dafür, dass eine Kita-Pflicht die richtige Antwort darauf ist, da eben die Gruppe der Nicht-Kita-Kinder sehr heterogen ist. Es muss vielmehr darum gehen, dass die Gruppen, die – zum Beispiel was Sprachfähigkeiten angeht – von einer Kita profitieren können, sehr viel früher darauf hingewiesen werden, was eine gute Kita bewirken kann.
6. **Wäre denn eine Kita-Pflicht rechtlich überhaupt durchsetzbar?** Grundsätzlich kann man eine Kita-Pflicht umsetzen. Es hätte allerdings, wenn wir das im Bereich der Kinder- und Jugendhilfe machen wollen, verfassungsrechtliche Änderungen zur Folge. Wir könnten auch die Schulpflicht weiter nach vorne verlagern, was aber auch von pädagogischer Seite aus wenig befürwortet wird. Die Frage wäre dann auch, ob Kita- und Schulkinder eine gemeinsame Einrichtung nutzen.

Das Gespräch führte Erich Wittenberg.



Das vollständige Interview zum Anhören finden Sie auf
www.diw.de/interview

DIW Wochenbericht Nr. 19/2017:

„Viele Kinder von Geflüchteten besuchen eine Kita oder Grundschule – Nachholbedarf bei den unter Dreijährigen und der Sprachförderung von Schulkindern“

Von Ludovica Gambaro, Elisabeth Liebau, Frauke Peter und Felix Weinhardt

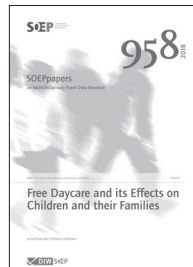
Korrigierte Fassung vom 2. Mai 2018

Die korrigierte Fassung ersetzt die seit 20. Dezember 2017 nicht mehr verfügbare Version des Berichts. Anlass der notwendig gewordenen Korrekturen war die Löschung von gut 200 nicht sachgemäß durchgeführten Haushaltsinterviews. Die korrigierte Fassung basiert auf der Datenversion SOEP.v33.1. Für weitere Informationen, siehe http://www.diw.de/sixcms/detail.php?id=diw_01.c.574033.de.

Einzelne Änderungen sind in der korrigierten Fassung nicht separat hervorgehoben, weil sich die meisten Zahlen in geringem Maße geändert haben. Sämtliche Ergebnisse und Aussagen des Berichts bleiben unter den korrigierten Zahlen bestehen. Alle Änderungen in einzelnen Statistiken belaufen sich auf die Größenordnung weniger Prozentpunkte.

SOEP Papers Nr. 958

2018 | Anna Busse, Christina Gathmann



Free Daycare and Its Effects on Children and Their Families

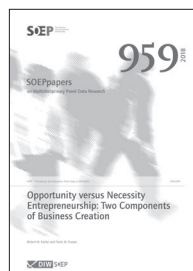
Many governments invest substantial public funds to foster early childhood education. And yet, there are still many open questions who responds to and who benefits from public investments into early childcare. We use the introduction of free public daycare in German states to analyze its effects on children and their families. Our results suggest that effects of the policy differ by child age, gender and socio-economic status. Free daycare increases attendance among 2-3 year olds with little response among older children. Yet, even with access to free daycare, we find few effects on maternal labor supply. Responses are generally stronger for poorer households and other vulnerable families. Child development, in turn, shows gender-specific effects that are in part explained by the differential choices parents of boys make compared to parents of girls.

www.diw.de/publikationen/soeppapers



SOEP Papers Nr. 959

2018 | Robert W. Fairlie, Frank M. Fossen



Opportunity versus Necessity Entrepreneurship: Two Components of Business Creation

A common finding in the entrepreneurship literature is that business creation increases in recessions. This counter-cyclical pattern is examined by separating business creation into two components: "opportunity" and "necessity" entrepreneurship. Although there is general agreement in the previous literature on the conceptual distinction between these two factors driving entrepreneurship, there are many challenges to creating a definition that is both objective and empirically feasible. We propose an operational definition of opportunity versus necessity entrepreneurship using readily available nationally representative data.

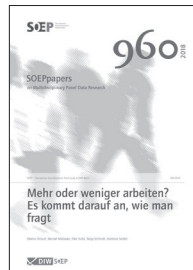
We create a distinction between the two types of entrepreneurship based on the entrepreneur's prior work status that is consistent with the standard theoretical economic model of entrepreneurship. Using this definition we document that "opportunity" entrepreneurship is pro-cyclical and "necessity" entrepreneurship is counter-cyclical. We also find that "opportunity" vs. "necessity" entrepreneurship is associated with the creation of more growth-oriented businesses. The operational distinction proposed here may be useful for future research in entrepreneurship.

www.diw.de/publikationen/soeppapers



SOEP Papers Nr. 960

2018 | Verena Tobsch, Wenzel Matiaske, Elke Holst, Tanja Schmidt, Hartmut Seifert



Mehr oder weniger arbeiten? Es kommt darauf an, wie man fragt: Methodische Aspekte der Präferenzmessung gewünschter Arbeitszeiten

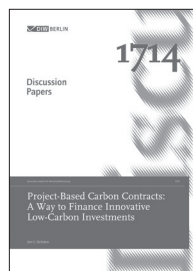
Working time preferences of employees have been discussed in scientific and public debates more frequently. Yet, representative studies show controversial results regarding over- and underemployment for Germany. But these differences can only partially be explained by varying definitions of populations or sample selection. By means of data from the Socioeconomic Panel (SOEP) this article highlights the importance of wording and positioning of questions regarding working time preferences. The empirical findings suggest that further methodological research is essential.

www.diw.de/publikationen/soeppapers



Discussion Papers Nr. 1714

2017 | Jörn Richstein



Project-Based Carbon Contracts: A Way to Finance Innovative Low-Carbon Investments

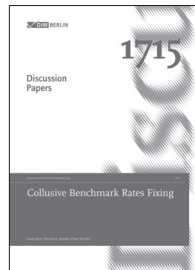
Low and uncertain carbon prices are often stated as a major obstacle for industrial sector investments in technologies to deliver deep emissions reductions. Project-based carbon contracts underwritten by national governments could address regulatory risk, lower financing costs and strengthen incentives for emission reductions at investment and operation stage. In this paper design options for project-based carbon contracts are assessed using an analytical model capturing risk aversion of investors with a meanvariance utility function. The model is also used to assess how a combination with grant support for innovative projects can minimize overall costs of innovation policy. Savings in financing costs are quantified using a stylized project finance cash flow analysis.

www.diw.de/publikationen/diskussionspapiere



Discussion Papers Nr. 1715

2017 | Nuria Boot, Timo Klein, Maarten Pieter Schinkel



Collusive Benchmark Rates Fixing

The fixing of the Libor and Euribor benchmark rates has proven vulnerable to manipulation. Individual rate-setters may have incentives to fraudulently distort their submissions. For the contributing banks to collectively agree on the direction in which to rig the rate, however, their interests need to be sufficiently aligned. In this paper we develop cartel theory to show how an interbank lending rates cartel can be sustained by preemptive portfolio changes. Exchange of information facilitates front running that allows members to reduce conflicts in their trading books. Designated banks then engage in eligible transactions rigging to justify their submissions. As the cartel is not able to always find stable cooperative

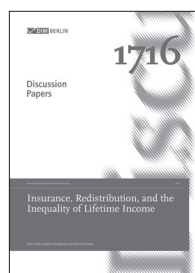
submissions against occasional extreme exposure values, there is episodic recourse to non-cooperative quoting. Periods of heightened volatility in the rates may be indicative of cartelization. Recent reforms to broaden the class of transactions eligible for submission may reduce the level of manipulation, but can lead to more frequent collusive quoting.

www.diw.de/publikationen/diskussionspapiere



Discussion Papers Nr. 1716

2017 | Peter Haan, Daniel Kemptner, Victoria Prowse



Insurance, Redistribution, and the Inequality of Lifetime Income

In this paper, we study how the tax-and-transfer system reduces the inequality of lifetime income by redistributing lifetime earnings between individuals with different skill endowments and by providing individuals with insurance against lifetime earnings risk. Based on a dynamic life-cycle model, we find that redistribution through the tax-and-transfer system offsets around half of the inequality in lifetime earnings that is due to differences in skill endowments. At the same time, taxes and transfers mitigate around 60% of the inequality in lifetime earnings that is attributable to employment and health risk. Progressive taxation of annual earnings provides little insurance against lifetime earnings risk. The lifetime insurance effects of taxation may be improved by moving to a progressive tax on lifetime earnings. Similarly, the lifetime insurance and redistributive effects of social assistance may be improved by requiring wealthy individuals to repay any social assistance received when younger.

www.diw.de/publikationen/diskussionspapiere





KRISTINA VAN DEUVERDEN

EU-Finanzen: viel Status Quo – wenig Zukunft

Kristina van Deuverden, Referentin im Vorstandsbereich des DIW Berlin.
Der Kommentar gibt die Meinung der Autorin wieder.

Am 2. Mai hat Haushaltskommissar Günther Oettinger die Vorstellungen der Europäischen Kommission für den Mehrjährigen Finanzrahmen der Europäischen Union (EU) in den Jahren 2021 bis 2027 vorgelegt. Dies ist das erste Zahlenwerk für eine Zeit nach dem Ausscheiden des Nettozahlers Großbritannien. Es ist zudem die erste Planung für eine Periode, in der sich die EU internationalen Herausforderungen stellen muss, bei denen es nicht nur um eine gemeinsame Handelspolitik in Zeiten zunehmenden Protektionismus geht, sondern auch um eine gemeinsame Sicherheitspolitik vor dem Hintergrund zunehmender militärischer Konflikte und um eine gemeinsame Migrationspolitik angesichts vermehrt auftretender wirtschaftlicher und humaner Katastrophen. Und es ist der erste Finanzrahmen für eine Zeit, in der dringend notwendige Reformen – insbesondere für den Euroraum – umgesetzt werden müssen, auch um endlich anderthalb Jahrzehnte nach Ausbruch der Staatsschuldenkrise mit dieser abschließen zu können. Kurz: Es geht um nicht mehr, als die EU zukunftsgerichtet aufzustellen.

Ein mutiger Entwurf, der diesen Aspekten Rechnung trägt, wäre wünschenswert gewesen. Der neue Mehrjährige Finanzrahmen orientiert sich hingegen am Status quo. Zwar werden die Ausgaben für Sicherheits- oder Migrationspolitik erhöht und die Mittel für Investitionen in Beton und Köpfe oder für Strukturpolitik nehmen zu, aber nur begrenzt, denn der Mut fehlt, tradierte Ausgaben in Frage zu stellen und zurückzuführen. Die Ausgaben für den Agrarsektor, in dem europaweit anderthalb Prozent der Bruttowertschöpfung erbracht wird, nehmen noch immer weit über 30 Prozent des EU-Budgets in Anspruch. Zwar sollen sie in der kommenden Finanzperiode auch weiterhin nur unterproportional steigen, aber etwas stärker als im geltenden Finanzrahmen. Dass ihr Anteil im neuen Finanzrahmen spürbar zurückgeht, liegt vor allem daran, dass andere Ausgaben kräftig zulegen.

Im geltenden Finanzrahmen sind die Ausgaben auf 1,03 Prozent des Bruttonationaleinkommens begrenzt; ohne Großbritannien liegt die Ausgabenlinie bei 1,1 Prozent – an genau dieser hält die Kommission fest. Die von den Mitgliedstaaten zu leistenden

Beiträge steigen entsprechend. Da die – wenigen – Ausgabenkürzungen die reicheren Länder überproportional treffen, dürfte die Schieflage von Nettozahlern und Nettoempfängern nach den vorliegenden Planungen weiter zunehmen. Und es sind diese Salden, auf die die Mitgliedländer schauen, denn für diese Zahlen müssen sich die PolitikerInnen zu Hause verantworten. Dass die Salden in keiner Weise widerspiegeln, wie stark ein Land von der EU und der gemeinsamen Politik profitiert – Deutschland mit seiner offenen Wirtschaft möglicherweise stärker als jedes andere Land – tritt dabei in den Hintergrund, da es hierfür keine Statistik gibt.

Die Kommission sieht eine Lösung darin, sich neue, eigene Finanzquellen zu erschließen, die dann nicht mehr so einfach zugerechnet werden können. Das könnte helfen, erfordert aber weitergehende Reformen. Eine Behörde darf nicht die Hoheit bekommen, Steuern zu erheben, wenn sie sich dafür nicht direkt bei den WählerInnen verantworten muss. Dass eine Organisation stets die Tendenz hat, sich auszudehnen, hat die Theorie lange bewiesen. Der vorgelegte Vorschlag zeigt dies in der Empirie: Die Ausgaben steigen kräftig, die Struktur wird nur wenig angepasst und viel Geld fließt in Rückwärtsgewandtes; außerdem legen die Beiträge zu.

Der Reformbedarf ist viel höher als eingangs skizziert. Ohne Schritte in Richtung einer politischen Union kommen wir nicht weiter. Gewählte Kommissare würden mehr auf das Gemeininteresse achten und die Fiskalpolitik wäre vermutlich stärker auf eine Verringerung der immer noch großen Wachstumsdivergenzen ausgerichtet und darauf, die europäischen Länder für die anstehenden Herausforderungen zu rüsten. Damit würde der Blick weg von den Nettozahlungen und hin auf den Nutzen gerichtet – und der Zusammenhalt der EU könnte gefestigt werden.